

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Gender-Ungleichheit
beenden**



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Paulien van der Lugt
Leiterin Qualität & Wirkung

**LIEBE
LESERINNEN**

Der Einsatz für Gerechtigkeit und würdige Arbeit ist Ausdruck der grundlegenden Werte von Solidar Suisse. Dabei geht es auch um Gendergerechtigkeit – der Fokus dieser Solidarität. Sie ist ausschliesslich von Frauen und in der weiblichen Form geschrieben – alle Geschlechter sind mitgemeint. Damit rücken wir die nach wie vor weniger beachtete Perspektive von Frauen ins Zentrum.

Gerechtigkeit ist uns nicht nur in den Projekten, sondern auch innerhalb der Organisation ein Anliegen: Ein Verhaltenskodex und ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) legen das Fundament für gleichen Lohn, die Nulltoleranz von Diskriminierung, sexueller Belästigung oder Mobbing sowie eine ausgeglichene Genderverteilung auf allen Führungsebenen. Im Vorstand, in der Geschäftsleitung – wo Frauen lange in der Mehrheit waren – und bei den Landeskoordinatorinnen erreichen wir dieses Ziel jedoch zurzeit nicht. Regelwerke zu Gender, Kinderschutz, gegen Korruption und zur Verhinderung von sexueller Belästigung sollen die Umsetzung in unserer konkreten Arbeit gewährleisten. Da Nulltoleranz leider nicht null Fälle bedeutet, haben wir mit der Integrity Line eine Meldestelle für Beschwerden etabliert. Diese ist für alle Mitarbeitenden und Partnerorganisationen zugänglich, darüber eingegangene Meldungen werden von einer externen Stelle behandelt. Auch in den Projekten besteht vor Ort ein auf lokale Begebenheiten und Sprache angepasster Beschwerdemechanismus. Momentan werten wir die eingegangenen Fälle der letzten drei Jahre aus, um daraus zu lernen und unser Vorgehen anzupassen.

Denn das ist meiner Meinung nach das Wichtigste: Erfahrungen zu teilen und uns aufgrund davon kontinuierlich zu verbessern. Als nächstes packe ich die interne Verankerung der vor zwei Jahren entwickelten Genderpolitik an. Was Solidar Suisse im Bereich Gender bereits getan und bewirkt hat, lesen Sie in dieser Nummer.

Paulien van der Lugt

INHALT

04



Im Fokus – Gendergerechtigkeit

- 04 In der Entwicklungszusammenarbeit wurden Genderthemen schon früh diskutiert: Was haben wir erreicht?
- 08 Gewalt gegen Frauen ist in Lateinamerika ein grosses Problem: Solidar Suisse engagiert sich mit Kampagnen und Beratung
- 10 Moçambique: Wie tragen Solidar-Projekte für die Mitsprache der Bevölkerung zur Verbesserung der Situation von Frauen bei?
- 12 Junge Frauen in Burkina Faso haben kaum Zugang zum Arbeitsmarkt: Um dies zu ändern, braucht es auch sexuelle Aufklärung
- 13 Einbezug von LGBTI in der Entwicklungszusammenarbeit: Deutschland machts vor
- 14 Genderexpertin Annemarie Sancar erklärt, was in der Entwicklungszusammenarbeit zu tun bleibt

15



16



15 Festgehalten

Aktuelles im Überblick

16 Anpacken

Aida Behrem von der Solidar-Partnerorganisation *Women from Una* unterstützt Geflüchtete in Bosnien

19 Mitkämpfen

Aktiv werden mit Solidar Suisse

17 **Kolumne**

18 **Sudoku und Medienschau**

19 **Impressum**

20 **Geschenkkarte**

IM FOKUS - GENDERGERECHTHEIT





Eine junge Frau in Nicaragua lernt an einer Weiterbildung, wie sie genderspezifische Gewalt in ihrer Gemeinschaft erkennen und Betroffene unterstützen kann.

Wie gendergerecht ist die Arbeit von NGOs? Was hat die feministische Entwicklungszusammenarbeit erreicht und was sind die aktuellen Herausforderungen? Wie kann es gelingen, patriarchale Strukturen in den Projektländern aufzubrechen und gleichzeitig postkolonialen und rassistischen Machtverhältnissen entgegenzutreten? Und: Wie setzt Solidar Suisse dies konkret um?

ES GEHT VORAN – RÜCKSCHLÄGE INBEGRIFFEN

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität; Fotos: Hernán Torres und Fred Ramos/Fairpicture; Cartoon: DenLesDen

Die Diskussion um den Einbezug von Gender in die Entwicklungszusammenarbeit begann Ende der 1990er Jahre. Frauen hatten meist nicht den gleichen Zugang zu Projekten wie Männer, was häufig nicht einmal bemerkt wurde. Zunächst mussten die Zahl der männlichen und weiblichen Teilnehmenden erfasst und mögliche Barrieren identifiziert werden, was eine Ausrichtung der Projekte auf die Bedürfnisse und die gezielte Förderung der Teilnahme von Frauen nötig machte. Und natürlich musste geschaut werden, ob die Massnahmen den gewünschten Effekt hatten – was durchaus nicht immer der Fall war und ist. Eine komplexe Materie, und nicht selten wurden grundsätzliche Anpassungen gescheut oder die Wirkung von Massnahmen nicht evaluiert (siehe Seite 13).

Zunehmende Sensibilisierung

Doch trotz Rückschlägen schritt die Sensibilisierung voran, die Ansätze bewegten sich zwischen

spezifischer Förderung von Frauen und Gender als Querschnittsthema; Gewalt gegen Frauen, Care-Ökonomie und sexuelle und reproduktive Rechte kamen auf die Agenda – und mit einiger Verspätung auch Rassismus und postkoloniale Verstrickungen. Inzwischen hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass es das Ziel von Entwicklungszusammenarbeit sein muss, die Lebensbedingungen umfassend und gendergerecht zu verbessern: ein Verdienst der feministischen Bewegungen. Das heisst jedoch nicht, dass die Umsetzung immer – und mit dem gewünschten Effekt – klappt. «Gender-Guidelines für Projekte sind seit langem Standard. Doch in der Umsetzung hängt es stark von den Verantwortli-

«Gendergerechtigkeit ist keine Angelegenheit von Frauen für Frauen»

chen ab, ob sie Gender konsequent mitdenken und umsetzen», sagt Monika Hess, Verantwortliche für Zentralamerika bei Solidar Suisse. Kurz: Es braucht eine Genderpolitik, die auch gelebt wird.

Ungleichheit besteht weiter

Denn genderspezifische Benachteiligung ist keineswegs überwunden: Frauen erhalten für gleiche Arbeit weniger Lohn, verrichten den Hauptteil der schlecht oder nicht bezahlten Care-Arbeit, sind stärker von Armut betroffen und in Führungspositionen untervertreten. Mädchen und Frauen haben weniger Zugang zu Bildung, können nicht selber über

ihren Körper und ihre Sexualität bestimmen, sind Gewalt ausgesetzt, und Landrechte werden ihnen vorenthalten. Die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und von Gewalt ist nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern auch eine notwendige Grundlage für eine friedliche, sozial und wirtschaftlich gerechte, nachhaltige Welt. Das streben wir mit diversen Instrumenten auch innerhalb von Solidar Suisse an (siehe Seite 2).

Alle einbeziehen

Wenn Projekte geschlechtsspezifische Bedürfnisse berücksichtigen, kann dies jedoch auch traditionelle Geschlechterrollen bestätigen und so bestehende Machtverhältnisse zementieren. Und die wirtschaftliche Förderung von Frauen verbessert zwar ihre Lebensbedingungen und stärkt ihr Selbstbewusstsein, sodass sie ihre Anliegen öffentlich vertreten können. Doch manchmal führt dies wiederum zu mehr Gewalt gegen Frauen. «Deshalb ist es wichtig, die sozialen, kulturellen und geschlechtsspezifischen Normen zu beachten und die Gemeinschaften in die Gestaltung der Projektaktivitäten einzubeziehen – auch Männer als Akteure des Wandels. Gendergerechtigkeit ist keine Angelegenheit von Frauen für Frauen», meint Sandrine Rosenberger, Solidar-Programmverantwortliche für Burkina Faso. Dies gilt auch in extrem patriarchalen Gesellschaften, wo Frauen nur über Räume, in denen sie traditionell präsent sind, erreicht werden können. «Manchmal gelingt es auch, durch die Zusammenarbeit in einem anderen Themenbereich, zum Beispiel dem Zugang zu Wasser, das Vertrauen der Dorfgemeinschaft – und der Männer – zu gewinnen, sodass Frauen an Workshops teilnehmen dürfen», erzählt Monika Hess. Ansonsten gilt die Prämisse, keinen Schaden anzurichten. Wenn Massnahmen gewalttätige Auseinandersetzungen auszulösen oder das Gegenteil des Angestrebten zu bewirken drohen, machen sie allen guten Absichten zum Trotz keinen Sinn.

Gegen Gewalt

Frauen und andere diskriminierte Gruppen wie LGBTI sind häufig von physischer und sexueller Gewalt betroffen (siehe Seite 13). «Die «Entnormalisierung» von Gewalt an Frauen ist essenziell, um ihre Situation zu verbessern», bringt es Monika Hess auf den Punkt. «Die Sensibilisierung von Jugendlichen, Frauen und Männern, dass Gewalt an Frauen nicht in Ordnung und strafbar ist, hat für Frauen eine bekräftigende Wirkung und kann Lebensgeschichten verändern.» Nach wie vor sind Femizide und sexuelle Gewalt weit verbreitet; gerade auch in Lateinamerika

Bild der Performance «El violador eres tu» («Der Vergewaltiger bis du»), die weltweit von Frauen im Kampf für ihre Rechte und Freiheiten ohne Gewalt aufgeführt wird.





Eine Frau meldet auf dem Polizeiposten in Chalatenango, El Salvador, dass sie von ihrem Partner Gewalt erlebt.

sind die Zahlen erschreckend. Solidar Suisse hat in Bolivien und El Salvador innovative Ansätze entwickelt, um Betroffene zu unterstützen und präventiv gegen Gewalt zu wirken (siehe Seite 8). Freiheit von Gewalt einerseits und Empowerment andererseits sind für Yolanda Martínez, Leiterin des Solidar-Koordinationsbüros in El Salvador, elementar, damit Frauen ihre Rechte überhaupt wahrnehmen können. Als grösste Herausforderung sieht sie zurzeit, dass erkämpfte Rechte nicht wieder infrage gestellt werden.

In Burkina Faso wiederum fördern wir den Zugang von Mädchen und jungen Frauen zu Schule und Berufsbildung (siehe Seite 12). Und wie sich das Solidar-Projekt für die Mitsprache der Bevölkerung in Moçambique auf Frauen auswirkt, lesen Sie auf Seite 10.

Sensibilisierte Geldgeberinnen

Auch die Geldgeberinnen sind sich der Bedeutung von gendergerechter Projektarbeit bewusst. «Es wird erwartet, dass wir durch unsere Projektarbeit geschlechterspezifische Stereotypen aufbrechen, anstatt sie zu zementieren», sagt Marisa

Saladin, Verantwortliche für Akquise bei Solidar Suisse. Dies ist grundsätzlich positiv und führt dazu, dass das Thema ernst genommen wird. «In unseren Projekten wurde bislang vor allem dann eine Gender-Analyse durchgeführt, wenn es von der Geldgeberin explizit verlangt wurde», sagt Saladin. Die Kehrseite ist jedoch, dass die Forderung nach Gendersensibilität als vom Norden aufoktroziert empfunden werden kann, zumal manchmal Dinge gefordert werden, die auch im eigenen Land nicht Realität sind. «Dem können wir entgegen, indem wir in den jeweiligen Kulturen nach Ansatzpunkten für Gendergerechtigkeit suchen. Die gibt es recht oft, und es ist wichtig, sie in Erinnerung zu rufen», sagt Joachim Merz, Verantwortlicher für die Programme Bolivien und Südliches Afrika. «In Bolivien ist es das traditionelle Chacha-Warmi der Aymara-Kultur, das auf der Komplementarität der Geschlechter basiert, und in Moçambique sind es die Chefinnen der Community, die Rainhas, die weibliche Variante des traditionellen Régulo.» Auch Monika Hess hat eine einleuchtende Strategie: «Mit feministischen Basisorganisationen vor Ort zusammenzuarbeiten.»



FRAUENRECHTE SIND NIE SELBSTVERSTÄNDLICH

In verschiedenen Ländern Lateinamerikas engagiert sich Solidar Suisse mit Kampagnen und Beratung gegen die grassierende Gewalt an Frauen.

Text: Ana Kudelka, Projektleiterin Vida sin Violencia in Bolivien, und Mercedes Cañas, Projektleiterin Gewaltprävention und Jugendpartizipation in El Salvador; Foto: Solidar Suisse

«Wir hatten zwei Möglichkeiten: schweigen und sterben oder sprechen und sterben. Wir entschieden uns zu sprechen», sagte einst Malala Yousafzai. Die bekannte pakistanische Aktivistin und Friedensnobelpreisträgerin setzte sich in ihrem Heimatland für die Bildung und Rechte von Mädchen und Frauen ein und musste deshalb flüchten. Genau wie Yousafzai haben Frauen stets ihre Stimme erhoben, um für ihre Rechte zu kämpfen, und bahnten den Weg für viele andere. Und sie bewegen sich auch heute auf einer ständigen Gratwanderung zwischen Angst und Mut, wenn sie es wagen, Gewalt anzuzeigen.

Hohe Gewaltrate in Zentralamerika

Weltweit erlebt eine von drei Frauen Gewalt von ihrem gegenwärtigen oder ehemaligen Partner. In Bolivien sind es sieben von zehn. Pro Jahr gibt es 37 000 Anzeigen und über 100 Femizide. In zentralamerikanischen Ländern sind die Statistiken

noch erschreckender: «In Honduras beträgt die Femizidrate pro 100 000 Frauen 6,2; in El Salvador 3,3 und in Bolivien 2,1», wie die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) der Vereinten Nationen festhält.

Die grassierende Gewalt in Zentralamerika hat auch mit seiner von Diktaturen geprägten

«Nichts ist einem rechten Macho ähnlicher als ein linker Macho.»

Geschichte zu tun. Als in den 1990er Jahren die Freiheits- und die konterrevolutionären Kämpfe zu einem Ende kamen, wurden sich Hunderte von

Frauen fordern ihre Rechte an der 8. März-Demonstration in San Salvador.

Frauen in Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Honduras des Geschlechtergefälles in allen Lebensbereichen bewusst. Es bildete sich eine starke Frauenbewegung. Denn «nichts ist einem rechten Macho ähnlicher als ein linker Macho». Während der «demokratischen Transition» setzten Feministinnen Dutzende von Gesetzen durch und entwickelten politische und kulturelle Praktiken und institutionelle Strukturen, um die ungleiche Machtverteilung zwischen Frauen und Männern zu beseitigen.

Abbau des Rechtsstaats

Heute ist der zunehmende Abbau der Rechtsstaatlichkeit in der Region besorgniserregend. Dies zeigt sich in Gesetzesänderungen und Budgetstreichungen beim erkämpften institutionellen Rahmen für die Gleichstellung. So wurde das – ursprünglich bahnbrechende – «umfassende Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen» in Nicaragua 2014 revidiert: Frauenmorde werden nun auf intime Partnerbeziehungen beschränkt. In Honduras wurde 2019 ein Strafgesetz verabschiedet, das es nicht als erschwerenden Umstand betrachtet, wenn der Vergewaltiger der Ehe- oder Lebenspartner des Opfers ist. Und Guatemala entliess 2020 fast das gesamte Personal des Präsidialsekretariats für Frauen. Einmal mehr bestätigt sich hier die Aussage der französischen Feministin Simone de Beauvoir: «Vergesst nie, dass es nur eine politische, wirtschaftliche oder religiöse Krise braucht, um die Rechte der Frauen infrage zu stellen. Diese Rechte sind niemals selbstverständlich, ihr müsst euer ganzes Leben lang wachsam bleiben.»

In Nicaragua und El Salvador unterstützt Solidar Suisse seit vielen Jahren Überlebende von sexistischer Gewalt und setzt sich gegen zu Verarmung führender Politik und Diskriminierung aufgrund von Rassismus und Klassismus ein. Ausserdem organisieren wir Kampagnen und unterstützen Frauen dabei, sich für ein Leben ohne Gewalt zu organisieren. Seit diesem Jahr auch in der ganzen Region.

Mehr Gewalt während der Pandemie

Während der Corona-Lockdowns waren Frauen in den eigenen vier Wänden der Gewalttätigkeit ihres Partners noch stärker ausgesetzt – ohne Hilfe holen zu können. So zeigte eine Umfrage des Solidar-Projekts *Vida sin Violencia* – Leben ohne Gewalt – bei 2000 Frauen in Bolivien, dass 54 Prozent Gewalt erlebten und 97 Prozent eine Zunahme der Gewalt

während der Pandemie feststellten. Auch hier engagiert sich Solidar Suisse dafür, dass Frauen bessere Bedingungen haben, um gemeinsam Gerechtigkeit einzufordern und den Machismo in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Dafür bildeten sich verschiedene nationale Netzwerke: In Zusammenarbeit mit Behörden wurden Beratungsstellen für Gewaltbetroffene (SLIM) und Präventionskampagnen in 106 Gemeinden im ganzen Land etabliert. Die *EduActivistas* (Bildungsaktivistinnen) – Jugendliche und Universitätsdozentinnen – regten Präventionspolitiken und Rechtsberatungsstellen an. Und in ländlichen Gemeinschaften informieren und beraten über 2000 Promotorinnen Frauen, die Gewalt erlebt haben. Kommunikationskampagnen über die sozialen Medien erreichen mittlerweile über sechs Millionen Menschen. *Vida sin Violencia* verbindet die diversen Akteurinnen in einer Community, die inzwischen 800 Mitglieder zählt.

Beratung, Kampagnen und Unabhängigkeit

Damit Frauen zu mehr ökonomischer Unabhängigkeit gelangen und sich so aus der Gewalt befreien können, werden sie in einem Bildungsprogramm zu Unternehmungsführung geschult. Allein im Juli und August hat dies zur Gründung von 80 Unternehmen geführt. Wichtig ist auch, andere Vorstellungen von Männlichkeit zu entwickeln. Zu Beginn wurden dafür Männernetzwerke in den Gemeinden geschaffen. Heute konzentriert sich das Projekt auf die Dekonstruktion stereotyper Genderrollen bei Jugendlichen. Denn dass ein Mann das Thema kennt, zuhause die Wäsche wäscht und Teil eines Netzwerks ist, ist keine Garantie, dass er kein Macho und gewalttätig ist.

Dank der Aktivitäten von *Vida sin Violencia* erhalten jährlich rund 20 000 Frauen in über 80 Gemeinden Beratung. Gewalt und Machismo wird immer weniger als «normal» angesehen: Frauen erstatten öfter Anzeige, und junge Frauen und Männer hinterfragen zunehmend die Machtverhältnisse, die genderspezifische Gewalt ermöglichen.

Sujet der Kampagne von Vida sin Violencia zur Prävention von Gewalt im Lockdown in Bolivien.



OHNE FRAUEN KEINE PARTIZIPATION

Nicht nur in Projekten, die gezielt Frauen unterstützen, berücksichtigt Solidar Suisse deren Bedürfnisse. Wie zeigt sich das bei der Förderung der Mitsprache in den Gemeinden Moçambiques, wo Mädchen und Frauen von Gewalt, illegalen Kinderehen und Arbeitslosigkeit betroffen sind?

Text: Melanie Wirz, Verantwortliche für Medienarbeit; Fotos: David Lourenço



Angelina Herinques vor dem Regierungsgebäude in Macate, wo die Dorfvertreterinnen sich zu Versammlungen treffen.

Angelina Herinques streicht sich liebevoll über ihren Bauch. Sie ist schwanger und hofft, dass es ein Junge wird. Sie ist bereits Mutter von drei Mädchen. «Ich liebe meine Töchter, und natürlich werde ich auch mein viertes Kind genauso lieben, wenn es wieder ein Mädchen ist», sagt sie. Aber für Frauen ist das Leben in Zentralmoçambique hart. Härter als für Männer.

Armut und mangelnde Bildung

Moçambique ist eines der ärmsten Länder der Welt. Die Republik ist gezeichnet vom erst 1975 beendeten Kolonialismus, vom Bürgerkrieg in den 1980er Jahren, von der HIV/Aids-Pandemie, Naturkatastrophen und einer immensen Staatsverschuldung. Vom Rohstoffboom im Norden des Landes profitieren die Wenigsten: Über die Hälfte der 30 Millionen Einwohnerinnen lebt unter der Armutsgrenze und muss mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Die meisten Mädchen und Frauen, die fernab in den Dörfern leben,

haben keine schulische Bildung, keine Arbeit – und sie kennen ihre Rechte nicht.

Die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen

Obwohl Moçambique vor 30 Jahren die Mehrparteiendemokratie eingeführt hat, schreitet die demokratische Entwicklung im Land nur langsam voran. Deshalb setzt sich Solidar Suisse in Zentralmoçambique für die Mitsprache der Bevölkerung bei der Entwicklung ihrer Gemeinde ein. Dorfvertreterinnen vermitteln in lokalen Entwicklungskomitees zwischen Bevölkerung und lokalen Behörden. Ziel ist es, dass die Ressourcen dort investiert werden, wo sie die Dorfbewohnerinnen am dringendsten brauchen. Dabei werden vor allem auch Frauen unterstützt, damit sie sich gleichberechtigt beteiligen und ihre Bedürfnisse mitteilen können.

Angelina Herinques lebt und arbeitet als Lehrerin in Macate in der Provinz Manica. Hier gibt es nur wenige Frauen, die sich in den Entwicklungs-

komitees engagieren. Die 37-Jährige sitzt an einem heissen Tag im August als einzige Frau mit drei Männern im grossen Saal des Regierungsgebäudes. Weil die meisten Frauen Kinder haben, deren Betreuung als ihre Aufgabe angesehen wird, ist für sie die Hürde grösser, den weiten Fussmarsch zu den Versammlungen auf sich zu nehmen. Angelina Herinques ist seit drei Jahren dabei und zufrieden mit der bisherigen Entwicklung: «Von den Männern im Komitee werde ich respektiert, für andere Frauen aus der Gemeinde bin ich ein Vorbild und sie teilen mir mit, was ihnen fehlt.»

Kinderehen und frühe Schwangerschaften

Für die Frauen sei es wichtig, eine weibliche Ansprechpartnerin zu haben. Wenn Angelina Herinques über die lange Liste der Bedürfnisse der Frauen spricht, werden ihre Stimme lauter und die Pausen zwischen ihren Sätzen kürzer. «Ein wichtiges Thema ist die Arbeitslosigkeit.» Viele Frauen haben keine Arbeit, weil sie die Schule nicht abgeschlossen und keinen Beruf erlernt haben. «Wir brauchen mehr Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten», sagt Herinques. «Aber wir müssen auch unser Denken verändern.» In Moçambique sind 48 Prozent der Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. Kinderehen sind in ländlichen Regionen weit verbreitet – obwohl sie gesetzlich verboten und strafbar sind. «Unsere Töchter werden im Alter von 12 oder 13 Jahren mit älteren Männern verheiratet. Spätestens wenn sie schwanger werden, müssen sie die Schule verlassen.» So ist es schwierig, einen Weg aus der Armut zu finden.

Änderungen brauchen Zeit

Rosita Lobrino ist die Präsidentin des Provinzparlaments in Manica. Sie strahlt Anmut und Autorität aus, als sie in ihrem Büro in der Stadt Chimoio von ihrer Arbeit erzählt. Sie kennt die Herausforderungen, mit denen Frauen in Moçambique konfrontiert sind. «Einige davon habe ich selbst erlebt», sagt sie. «Auf meinem Weg zur Provinzpräsidentin erfuhr ich viel Neid und Hass. Mir wurde immer gesagt, ich sei nicht für diesen Job gemacht, weil ich eine Frau bin.» Doch davon liess sie sich nicht unterkriegen.

Die 54-Jährige wuchs in armen Verhältnissen auf. «Mein Vater starb früh, und meine Mutter musste allein für mich und meine zwölf Geschwister sorgen. Ich besass ein einziges Kleid für die Schule. Jeden Abend nach

dem Unterricht wusch ich es und liess es auf unserem Dach über Nacht trocknen, um es am nächsten Tag wieder zu tragen.» Es sei ein hartes Leben gewesen, das ihr jedoch viel beigebracht habe. «Wir Frauen müssen dafür sorgen, dass wir mitreden können. Dafür müssen wir härter arbeiten als die Männer. Aber am Ende lohnt es sich.»

«Frauen wurde über Jahrhunderte eingetrichtert, dass sie das schwächere Geschlecht sind.» Es sei höchste Zeit, das zu ändern. «Aber etwas zu ändern, das so in unserer Kultur und Tradition verankert ist, braucht Zeit.» Rosita Lobrino ist sicher, dass Moçambique auf dem richtigen Weg ist. Heute sind 23 Prozent der Mitglieder im Parlament von Manica Frauen. 2019 wurde ein neues Gesetz erlassen,

«Unsere Töchter werden im Alter von 12 oder 13 Jahren mit älteren Männern verheiratet.»

das ihnen besseren Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt bieten soll. «Ich fördere gezielt Frauen mit meiner Politik», sagt sie. «Denn zu viele junge Frauen brechen die Schule ab.» So begleitet sie ein Ausbildungsprojekt für junge Mütter, die mit einem Abschluss in ihre Gemeinde zurückkehren und – trotz Baby – arbeiten können. Damit das Leben in Moçambique dereinst für Frauen nicht mehr härter ist als für Männer.

Dorfbewohnerinnen versammeln sich in Guara Guara.



«ICH WEISS NICHT, WAS OHNE AUSBILDUNG AUS MIR GEWORDEN WÄRE»

In Burkina Faso ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Frauen schwierig. Ein ambitioniertes Projekt von Solidar Suisse will dies für 15 000 junge Frauen ändern.

Text: Annick Sutoogooma Zongo, Kommunikationsverantwortliche bei Solidar Burkina Faso; Foto: Solidar Suisse



Zaara Tientore an der Nähmaschine in ihrem eigenen Atelier in Ziniaré.

In Burkina Faso ist es für Jugendliche – und insbesondere junge Frauen – schwer, eine Arbeit zu finden. Gemäss Statistik haben nur 43 Prozent der jungen Frauen und 57 Prozent der jungen Männer eine Stelle. Das liegt unter anderem daran, dass sie häufig keine Berufsausbildung haben oder diese

nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entspricht. Viele junge Frauen schliessen nicht einmal die Primarschule ab. Deshalb bietet ihnen Solidar Suisse seit vielen Jahren die Möglichkeit, ihren Schulabschluss nachzuholen und eine Lehre zu machen.

Zaara Tientore war eine der ersten, die davon profitierte. Sie machte ein Praktikum in einem Nähatelier, schaffte das Schneiderinnendiplom und eröffnete nach zwei Jahren als Angestellte 2018 ihr eigenes Atelier: «Ich komme für meine Bedürfnisse auf und trage zum Familieneinkommen bei. Ausserdem habe ich mir für meine Einkäufe ein Velo gekauft und kann jeden Tag 1000 CFA (1.65 Franken) zur Seite legen. Ich weiss nicht, was ohne Ausbildung aus mir geworden wäre», erzählt die junge Unternehmerin, die inzwischen in ihrem Nähatelier zwei Angestellte beschäftigt.

Berufsbildung und reproduktive Rechte

Um die Berufstätigkeit von Frauen in grösserem Stil zu fördern, hat Solidar Suisse im Juli 2021 mit einem Konsortium internationaler NGOs das Projekt PROMESSE (Förderung des Zugangs von Mädchen zu Schule und Berufsbildung) lanciert. Das Bildungsangebot zu Unternehmensführung, Informationstechnologien und Buchhaltung soll den Zugang zum Arbeitsmarkt für mehr als 15 000 junge Frauen verbessern und ihnen einen existenzsichernden Lohn verschaffen.

Die Primarschule besuchen inzwischen fast gleich viele Mädchen und Jungen. Doch in der Sekundarschule zeigt sich ein anderes Bild. Das liegt auch daran, dass der schulische und berufliche Werdegang von Mädchen und jungen Frauen durch unerwünschte Schwangerschaften und heimliche Abtreibungen behindert wird. Damit sie die Schule abschliessen und einen Beruf erlernen können, sind Informationen über sexuelle und reproduktive Rechte von kapitaler Bedeutung. Deshalb etabliert Solidar Suisse Treffpunkte an weiterführenden Schulen. In 200 «gendersensiblen Clubs» werden Mädchen und Jungs über Verhütung und reproduktive Rechte aufgeklärt und können sich austauschen. So schlagen hoffentlich immer mehr junge Frauen den Weg von Zaara Tientore ein.



Ihre Spende wirkt

Mit Ihrem Beitrag von 50 Franken erhalten drei Mädchen Hygienekits, mit denen ein unbeschwerter Schulbesuch möglich ist. Für 70 Franken bekommen zwei junge Frauen Lernunterlagen für eine Kurzausbildung bei einer Handwerksmeisterin. Mit 150 Franken ermöglichen Sie das Startmaterial, damit eine Frau ein eigenes Unternehmen gründen und ein Einkommen erwirtschaften kann.

DIE VERFOLGUNG MUSS AUFHÖREN

Letzten Frühling hat die deutsche Regierung ein Konzept für den Einbezug von LGBTI in die Aussenpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit beschlossen. Was beinhaltet es und wie wird es umgesetzt?

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität; Foto: Cornelia Sperling

Mit dem LGBTI-Inklusionskonzept wird eine langjährige Forderung der Zivilgesellschaft umgesetzt. Rechtlich zwar nicht bindend, ist es doch ein Meilenstein, von dem die Schweiz leider noch weit entfernt ist. Darin bezeichnet die deutsche Regierung den Schutz von Menschenrechten von LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Tans* und intergeschlechtliche Personen) als grundlegend für die Entwicklungszusammenarbeit und spricht sich für die Zusammenarbeit und Unterstützung der Zivilgesellschaft vor Ort aus. «Das ist wichtig, damit nicht von Europa aus entschieden wird, was gemacht wird», meint Sarah Kohrt von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die LGBTI-Menschenrechtsarbeit national und international unterstützt. Das Inklusionskonzept hält auch fest, dass die Missions- und Kolonialgeschichte berücksichtigt werden muss, die zur Kriminalisierung von LGBTI geführt hat. «Dieser Aspekt war der Yogyakarta-Allianz, unserem Bündnis für die Einbeziehung von LGBTI in die deutsche internationale Politik, besonders wichtig», meint Kohrt. Ausserdem verankert es den umfassenden Schutz ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte. Wie das Konzept konkret umgesetzt wird, lässt sich jedoch noch nicht sagen.

Lokale Kontakte sind entscheidend

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung engagiert sich seit vielen Jahren dafür, dass staatliche Entwicklungszusammenarbeit und NGOs spezifische Projekte für LGBTI durchführen. Sie initiiert auch eigene Projekte wie das Masakhane-Projekt im südlichen Afrika, das die Autonomie von Lesben und Transfrauen stärken will, damit sie selbst bestimmen können, wie sie leben und sich selbst wahrnehmen wollen.

«Es braucht Kontakte mit Gruppen vor Ort, damit die Projekte den Bedürfnissen von LGBTI entsprechen – wichtige Themen sind zum Beispiel Gesundheit, Menschenrechte, Klimawandel.» Auch eine intersektionale Perspektive ist essentiell, um die verletzlichsten LGBTI zu erreichen, die von Diskriminierungen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, sozialer Schicht etc. betroffen sind. «Damit sie selbst Projekte initiieren können, müssen die Vorgaben für die Mittelvergabe und die Berichtsvorschriften gelockert werden», weiss Sarah Kohrt aus Erfahrung. «Zum



Aktivistinnen des Masakhane-Projekts aus sechs Ländern bei einem Treffen in Sambia.

Beispiel, wenn es keine offiziellen LGBTI-Organisationen gibt, weil sie verboten sind.» Die grossen deutschen Hilfswerke seien offener geworden und lancierten mehr Projekte. «Inzwischen ist klar, dass es sich um ein Menschenrechtsthema handelt.»

Doch in Ländern, in denen LGBTI kriminalisiert werden, ist Sichtbarkeit immer auch ein Risiko. Deshalb ist der Kontakt zu lokalen LGBTI-Organisationen entscheidend. «Sie wissen am besten, was im jeweiligen Kontext möglich ist», meint Kohrt. «Sonst ist es schwierig, möglichst zu vermeiden, dass Menschen gefährdet werden.»

Kein Import aus dem Norden

Mit dem Vorwurf, der Einbezug von LGBTI in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werde von den Geldgebenden im Norden gefordert und interessiere die Menschen vor Ort gar nicht, kann sie wenig anfangen. «Das erinnert an den altbekannten Mythos, dass Homosexualität vom Westen importiert sei. Das können die Einheimischen am besten widerlegen. Auch dass es nicht das wichtigste Thema sei, ist eine klassische Ausrede. Die Verfolgung muss aufhören. LGBTI gibt es überall, und wenn wir nichts für sie tun, schweben sie weiterhin in Lebensgefahr.»



Foto: zVg

ES GEHT UM DIE MACHTFRAGE

Annemarie Sancar engagiert sich seit mehr als zwei Dekaden für feministische Entwicklungszusammenarbeit und war zehn Jahre lang Genderexpertin bei der Deza. Was wurde erreicht, was bleibt zu tun?

Interview: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität

Ist die Entwicklungszusammenarbeit gendergerechter geworden?

Anfang der Nullerjahre wurden Methoden entwickelt, um Gender in alle Bereiche zu integrieren. Es wurde jährlich geprüft, wie viel Geld die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza gendersensitiv ausgibt. Dann verschob sich der Fokus auf Wirkungsmessung, die Auswahl der Indikatoren verlangte nach messbaren Resultaten, während qualitative Veränderungen aus dem Blickfeld verschwanden. Feministisch-politische Anliegen hatten kaum mehr Platz. Doch beim feministischen Ansatz geht es nicht einfach um Genderfragen, es geht um Macht.

Was hat die feministische Entwicklungszusammenarbeit erreicht?

Feministische Ökonomie wurde von der Uno, anderen internationalen Gremien und auch der Deza ernst genommen. Aber in Umsetzung, Finanzen, Ressourcen schlug sich dies wenig nieder.

Und der globale Norden hat nach wie vor die Definitionsmacht. Die Stimmen von Frauen aus dem globalen Süden werden kaum – oder nur in Anekdoten – gehört.

Gewalt an Frauen bleibt virulent, Frauen tragen die Hauptlast der Care-Arbeit. Warum sind wir nicht weiter?

Hier geht es nicht um «immer noch» sondern um «immer wieder». Die Prekarisierung erneuert sich in unserem globalen kapitalistischen System ständig. Deshalb braucht es auch mehr Kohärenz in der Politik: Aussenpolitische Entscheidungen und Finanzflüsse sind von anderen – wirtschaftsgetriebenen – Interessen geleitet als Entwicklungszusammenarbeit.

Welche Ansätze waren deiner Erfahrung nach am erfolgreichsten?

Die alltagsbezogenen, die von den Lebensbedingungen der Menschen ausgehen. Woher kommt die Not? Warum werden gewisse Bedürfnisse nicht befriedigt?

Warum werden die Menschenrechte verletzt? Was braucht es? Die Betroffenen müssen sprechen können und gehört werden. Wir müssen Akteurinnen finden, ihren Geschichten zuhören, uns mit ihnen vernetzen.

Wie kann in sehr patriarchalen Gesellschaften etwas erreicht werden?

Je kleinräumiger ein Projekt, desto grösser die Chance, dass es etwas bewirkt. Aber es ist aufwändig. Nehmen wir das Beispiel Pakistan: Die Entwicklungszusammenarbeit kann die Situation von Frauen nicht grundsätzlich verändern. Doch wir müssen schauen, ob unsere Unterstützung bei den Frauen ankommt und die Prozesse hinterfragen – erfolgversprechend können hier Frauennetzwerke sein.

Was müssen wir beachten, um der Falle der kolonialen Haltung zu entkommen?

Wir müssen die globalen und unsere eigenen Machtstrukturen analysieren: die Diversität in den Blick nehmen, lokale Begebenheiten in grössere Zusammenhänge einordnen und sie zu verstehen versuchen. Es gibt keine pfannenfertigen Lösungen.

Welche Aufgabe kommt dabei NGOs wie Solidar Suisse zu?

Beschreibungen aus dem Alltag der «Zielgruppen» aufnehmen, die eigene Rolle reflektieren, sich auf Veränderungen einlassen und flexibel neu orientieren. Und darauf achten, bestehende Ausschlussmechanismen nicht zu verfestigen oder neue zu fördern. Um diskriminierende Strukturen aufzudecken, muss anders evaluiert werden, zum Beispiel mittels der Analyse von Geschlechterverhältnissen. Es braucht weniger Technisches und Management, mehr qualitative Fragen und inhaltliche Diskussionen.



Foto: Filmstill

STEUEROASE SCHWEIZ: DIE FOLGEN

Solidar Suisse zeigt am Human Rights Filmfestival den Film «Der Ast, auf dem ich sitze» von Luzia Schmid. Die Regisseurin erzählt vom Aufstieg ihres Heimatortes zu einer weltweit bedeutenden Steueroase. Und davon, wie Zug zu einem Zentrum des weltweiten Rohstoffhandels und dadurch auch zu einem symbolischen Ort für Ungleichheit in der Welt wurde. Im Gespräch mit Profiteurinnen, Politikerinnen und Geschädigten zeigt Schmid auf eindrückliche Weise den Zusammenhang zwischen dem Profit aus dem Rohstoffhandel hierzulande und seinen negativen Folgen in Ländern des Südens wie Sambia auf. Mit anschliessender Podiumsdiskussion. **Sonntag, 5. Dezember, um 20.30 Uhr im Zürcher Kino Kosmos**

REBECA LANE: NI UNA MENOS

Rebeca Lane ist eine guatemaltekische Lyrikerin, Rapperin und Aktivistin. In ihrem Song «Ni una menos» («Nicht eine weniger») klagt sie die unfassbare Gewalt an Frauen in Guatemala an. «Fünf Frauen wurden heute in Guatemala ermordet und mindestens 20 Frauen vergewaltigt. Multipliziere das und du wirst verstehen, warum wir wütend sind.» Rebeca Lane wurde während des guatemaltekischen Bürgerkriegs geboren und engagierte sich bereits als Jugendliche für die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und die Hinterbliebenen von Verschwundenen. Als Teil der sozialen Bewegungen realisierte sie, dass Frauen weniger Mitsprache und Leadership hatten, und gründete die Bewegung «Somos Guerreras», die sich gegen Sexismus und für Gleichberechtigung in der Hip-Hop-Kultur engagiert.



Foto: iZilla



Bild: Aban

STOPP ASBEST

Ende September fand eine Online-Konferenz des Asian Ban Asbestos Network (Aban) statt. In der Schweiz seit 1990 verboten, wird Asbest insbesondere in Asien noch immer verwendet und ist für 209 000 Tote pro Jahr verantwortlich. Zum Vergleich: Alle Kriege und bewaffneten Konflikte zusammen hatten im Jahr etwa 120 000 Todesopfer zur Folge. Das perfide an asbestbedingten Krankheiten wie Brustfellkrebs und Asbestose ist, dass zwischen dem Kontakt mit Asbeststaub und dem Krankheitsausbruch bis zu 40 Jahre liegen können. Hinter dieser Zeitbombe steht die mächtige Lobby der Asbest-Exporteurinnen, die eine Reglementierung des Umgangs mit Asbest erfolgreich behindert. Aban, dem die Solidar-Partnerorganisation AMRC angehört, will mit der Konferenz diese vermeidbare Tragödie stoppen.



JEDER MENSCH HAT EIN RECHT AUF SCHUTZ

Aida Behrem von der Solidar-Partnerorganisation *Women from Una* unterstützt Geflüchtete, die in Bosnien gestrandet sind.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität; Foto: Solidar Suisse

«Auch ich bin 1998 von Serbien nach Bihac geflüchtet», erklärt Aida Behrem die Motivation für ihre Arbeit. «Und ich musste vier Jahre warten, bis ich endlich Papiere erhielt.» Aufgrund dieser Erfahrung wollte sie anderen Menschen in schwierigen Situationen helfen. Sie arbeitete viele Jahre für internationale NGOs, bis sie realisierte, dass lokale Organisationen die Situation und Gepflogenheiten besser kennen und so optimal auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen können. Also begann die Ökonomin mit Abschluss in Genderstudies und Traumabehandlung 2009 bei der Solidar-Partnerorganisation *Women from Una*, die sie seit zehn Jahren leitet.

Es braucht mehr als materielle Unterstützung

«Als im Winter 2017/18 immer mehr Geflüchtete nach Bihac kamen, traf sich *Women from Una* mit den Behörden und dem Roten Kreuz, um zu sehen, wie wir helfen können», erzählt sie. Die Organisation konzentriert sich dabei auf die Verletzlichsten – Frauen mit und ohne Kinder sowie unbegleitete Minderjährige. Frauen müssen häufig vor Problemen in der Familie fliehen und sind auf der Flucht sexueller Gewalt ausgesetzt. «Das macht das Zusammenleben in der kollektiven Unterkunft für sie schwierig», weiss

Behrem. Unbegleitete Minderjährige erleben ebenfalls vielfach Gewalt.

Women from Una informiert die Geflüchteten in den Empfangszentren über ihre Möglichkeiten und führt Workshops, psychologische Beratung und Gruppensitzungen zur Traumabearbeitung durch. Das Angebot wird rege genutzt und ist zu einem wichtigen Treffpunkt geworden. «Die Geflüchteten erhalten Kleider, Essen und medizinische Versorgung, aber wir sind die Einzigen, die soziale Aktivitäten anbieten», sagt Behrem. Diese sind wichtig, um mit den belastenden Erlebnissen umzugehen: «Eine junge Frau aus Pakistan, die vor der Gewalt ihres Ehemanns geflohen ist, sagte mir: «Im Workshop habe ich meine frühere Liebe zum Malen wiederentdeckt. So sind meine schlaflosen Nächte nun kreativ und produktiv.» Ähnliches höre ich von vielen Teilnehmenden.»

Weiter in die EU

Die meisten Geflüchteten möchten nicht in Bosnien bleiben, sondern über Kroatien weiter in ein EU-Land reisen. Doch die Grenzen sind geschlossen, und der illegale Übertritt gefährlich. «Sie schwimmen mit Plastikkanistern durch den Fluss. Dabei sind auch schon Menschen gestorben. Aber es ist

Aida Behrem berät Geflüchtete in einem Empfangszentrum in Bihac.

sehr schwierig, den Geflüchteten zu vermitteln, wie gefährlich das ist.» Viele versuchen es immer wieder. «Wenn sie aufgegriffen werden, schaffen sie die Grenzbeamtinnen zurück und nehmen ihnen alles weg, manchmal auch Kleidung und Schuhe.»

Laut Schätzungen warten etwa 4000 Geflüchtete innerhalb und 2000 ausserhalb der Empfangszentren auf eine Gelegenheit, die Grenze nach Kroatien zu überqueren. Für Behrem ist ihre Unterbringung das grösste Problem. «Wer sich nicht einem der offiziellen Empfangszentren befindet, ist völlig schutzlos.» Viele übernachteten in leeren Häusern oder im Wald, denn dort werden sie nicht registriert, sind nahe an der Grenze und frei, den Übertritt immer wieder zu versuchen.

Zu Beginn nahm die Bevölkerung die Geflüchteten freundlich auf, aber als immer mehr kamen, schlug die Stimmung um. Das Gefühl der Bedrohung durch das Coronavirus verschärfte die Situation weiter – und behinderte auch die Arbeit von *Women from Una*, die ihre Aktivitäten einen Monat lang einstellen musste.

Grenzen öffnen

Aida Behrem wünscht sich einen anderen Umgang mit den Geflüchteten seitens der Regierung, die vor allem die illegale Migration stoppen möchte: «Gesundheitsprobleme und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Kindern müssen besser berücksichtigt und die Geflüchteten über ihre Möglichkeiten informiert werden.» Die Reaktion der bosnischen Regierung ist unzulänglich, doch vor allem bräuchte es eine Lösung auf globaler Ebene: «Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz und ein sicheres Leben ohne Diskriminierung. Die Grenzen müssen für Geflüchtete geöffnet werden, statt sie zwischen den europäischen Ländern hin- und herzuschieben.»



Women from Una

Die Solidar-Partnerorganisation *Women from Una* wurde 1993 während des Bosnienkriegs in Bihac gegründet, um humanitäre Hilfe für Kriegsbedroffene und Geflüchtete zu leisten. Nach dem Krieg setzte sich *Women from Una* für Demokratisierung und Menschenrechte und gegen Gewalt an Frauen und Kindern ein und unterstützt nun auch Geflüchtete in Bosnien.

Sabin Bieri

Vorstand Solidar Suisse



«Gender will not go away»

Als Feministin habe ich dieser Tage Aufwind. Feministische Themen sind angesagt, und bei der Erwähnung von «Genderfragen» stellen sich keine leeren Blicke ein. In den 2000er Jahren konnte frau keinen Blumentopf gewinnen, wenn sie sich als Genderexpertin hervortat – auch oder gerade nicht in der Entwicklungszusammenarbeit, wo Genderthemen vergleichsweise früh diskutiert wurden. Wir sprachen damals von «gender fatigue». Der Begriff trifft es gut, denn es tat sich kein Widerstand auf, sondern eher Gleichgültigkeit: Bei der Bewertung von Problemen nach ihrer Wichtigkeit wurden Genderfragen häufig schlicht nicht zugeordnet. Diese Haltung war bedeutend schwieriger herauszufordern als substantielle Opposition.

Und nun diese Konjunktur: Teenager legen Wert aufs Gendern, Feministin zu sein gehört zum guten Ton, Gleichstellungsfragen sind Chefinsache. Oder, wie es ein ruandischer Kleinbauernvertreter – mit verhaltener Begeisterung – ausdrückte: «Gender will not go away.»

Es fühlt sich gut an, plötzlich in der mehrheitsfähigen Zone zu spielen. Nur, im Mainstream angekommen, packt mich beim Blick auf die Zahlen das Unbehagen. Zwischen rhetorischen Bekenntnissen und substantiellen Verschiebungen von Machtverhältnissen klafft eine Lücke. Stephan Klasen drückte es so aus: Zwischen «#MeToo» und «Boko Haram» nimmt die Realität der Ungleichheit der Geschlechter unglaublich viele Varianten an. Der weltweite Trend scheint zudem rückläufig: Errungenschaften der Geschlechtergerechtigkeit stehen zur Debatte. Deshalb werden wir weiterhin die unangenehmen Fragen nach den Geschlechterverhältnissen stellen – selbst wenn die Welle abflachen und die Müdigkeit sich wieder einstellen sollte.

7						1		
2	1	5						
			2	4				8
			4		3	6		9
9		3	6		8			
3				5	4			
						8	9	2
		8						3

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=I, 2=S, 3=O, 4=N, 5=U, 6=R, 7=A, 8=E, 9=M

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Das Buch «Carrefour des Veuves» von Monique Ilboudo
- 2. Preis** Eine selbstgenähte Schutzmaske aus Moçambique
- 3. Preis** Mangos aus Burkina Faso

Einsendeschluss ist der 10. Dezember 2021. Die Namen der Gewinnerinnen werden in der Solidarität 1/2022 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 3/2021 lautete «Perspektiven». Graciela Mondillo aus Genf hat ein Tuch aus Burkina Faso, Barbara Grossmann aus Luchsingen einen Rucksack aus Bolivien und Pierrette Miki aus La Chaux-de-Fonds Mangos aus Burkina Faso gewonnen. Wir danken den Mitspielenden für die Teilnahme.

Lösung:



Hilfe für Afghanistan: Glückskette sammelt fast zwei Millionen Franken
Radio ZÜRISSEE, 7.9.2021

Seit dem Start der Spendensammlung der Glückskette am 26. August sind dank der grossen Solidarität der Schweizer Bevölkerung bereits knapp zwei Millionen Franken zusammengekommen. (...) Die Lage in Afghanistan ist für viele Menschen unerträglich. Bereits vor der Machtübernahme der Taliban war ein grosser Teil der Bevölkerung aufgrund von Dürre, Kämpfen und der Coronavirus-Pandemie von einer Hungersnot bedroht.

Mehrere Partnerorganisationen der Glückskette leisten momentan vor Ort in Afghanistan (...) dringend nötige Hilfe. Je nach Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen werden auch Hilfsmassnahmen (...) in den Nachbarländern Afghanistans, insbesondere von Solidar Suisse und Helvetas in Pakistan, unterstützt. Das Land empfängt seit vielen Jahren Flüchtlinge aus Afghanistan. (...)



Wirtschaft im Klimawandel: Ohne Daten keine Transparenz
AWP – soziale Sicherheit, 26.8.2021

Der menschengemachte Klimawandel beschleunigt sich, und das mit verheerenden Folgen, wie aus dem neuen Bericht des Weltklimarats hervorgeht. Er zeigt so deutlich wie nie zuvor, wie der steigende Treibhausgas-Ausstoss den Planeten bedroht. Das Tempo, die Wirtschaft umzubauen, muss deshalb erhöht werden – und zwar massiv. (...) Die Bereitschaft der Menschen wächst, die Wirtschaft radikal umzubauen. Das gilt auch in der Schweiz. Laut einer Umfrage der Non-Profit-Organisation Solidar Suisse fordert mehr als die Hälfte der Bevölkerung eine strengere Regulierung, um die negativen Auswirkungen des Wirtschaftssystems einzuschränken. Entsprechend verpflichten sich immer mehr Akteure zu Klimazielen. (...)



Soziale und ökologische Folgen der Wirtschaft stossen auf Ablehnung
Nau, 16.8.2021

Mit den sozialen und ökologischen Folgen des Wirtschaftssystems in der Schweiz ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nicht einverstanden.

Das geht aus einer Umfrage von Solidar Suisse hervor. Dass «unser Wirtschaftssystem» Menschen «ausbeutet» und «ungerecht» sei, fanden 37 Prozent der 1005 im Mai online befragten Personen zwischen 18 und 69 Jahren, wie Solidar Suisse am Montag mitteilte. 49 Prozent der Befragten fand allerdings auch, dass dies nicht wesentlich verändert werden könne.

Die «Steuervermeidung» von Grosskonzernen müsse durch politische Massnahmen beendet werden, fanden 34 Prozent «voll und ganz» und 32 Prozent «eher». 29 Prozent der Befragten stimmten einer strengeren Regulierung von Grosskonzernen in ihrer Wirkung auf die Umwelt «ganz» und 42 Prozent «eher» zu. (...)

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten – hier ein paar konkrete Vorschläge.

Machen Sie mit beim Genderquiz!

Welches Land hat als erstes das Frauenstimmrecht eingeführt? Wer hat in Indien, Singapur, Botswana, Kenia, Trinidad und vielen weiteren Ländern des Südens LGBTI-feindliche Gesetze erlassen? Wo sitzen am meisten Frauen im Parlament? Welche Abstimmungen in der Schweiz wurden dank der Frauen gewonnen?



MITMACHEN
www.solidar.ch/quiz

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen finden jedes Jahr vom 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, bis zum Menschenrechtstag am 10. Dezember statt. Dieses Jahr steht sexualisierte Gewalt im Fokus. Mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen leistet die von Solidar Suisse unterstützte Kampagne einen Beitrag dazu, genauer hinzuschauen und geschlechtsspezifische Gewalt in der Schweiz und weltweit zu bekämpfen. Beteiligen Sie sich auch!



ALLE INFOS
www.16tage.ch

Möchten Sie über das eigene Leben hinaus Gutes bewirken?

Das können Sie tun, indem Sie Solidar Suisse in Ihrem Testament berücksichtigen. Informationen finden Sie auf unserer Website, und unser Mitarbeiter Christof Hotz berät Sie gerne vertraulich, professionell und diskret zum Thema Nachlassplanung.

E-Mail: christof.hotz@solidar.ch



TESTAMENT
www.solidar.ch/legate

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeberin Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, www.solidar.ch Postkonto 80-188-1 Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar **Redaktion** Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Lionel Frei, Benjamin Gross, Cyrill Rogger

Layout artischock.net **Übersetzungen** Katja Schurter, Anne Walder Pfyffer **Korrektorat** Henry Taylor, Catherine Vallat **Druck und Versand** Unionsdruckerei/subito AG, Walther-Bringolf-Platz 8, 8201 Schaffhausen Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000 Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr). Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier.

Rückseite Erfreuen Sie Ihre Liebsten und unterstützen Sie unsere weltweiten Projekte mit dem Kauf einer Geschenkkarte.

SCHENKEN SIE IHREN LIEBSTEN EINE SOLIDAR-GESCHENKKARTE.

Sie unterstützen damit Menschen, die von Armut, Ausbeutung, Krieg oder Naturkatastrophen betroffen sind.



Schenken Sie zum Beispiel jungen Menschen in Burkina Faso Schulmaterial, damit sie sich eine Zukunft aufbauen und der Armut entfliehen können.

Weitere Kartensujets sehen Sie auf dem beiliegenden Bestelltalon oder auf www.solidar.ch/geschenk

JETZT GANZ EINFACH BESTELLEN:

Bestellen Sie Solidar-Geschenkkarten im Wert von je 50 Franken mit dem beiliegenden Antworttalon oder per Mausklick unter www.solidar.ch/geschenk

Sie erhalten Ihre Geschenkkarten inklusive Geschenkcouvert in den nächsten Tagen per Post zugestellt, zusammen mit einem Einzahlungsschein für Ihre Spende.

Wir garantieren Ihnen die Lieferung vor Weihnachten für alle Bestellungen, die bis zum 17. Dezember 2021 bei uns eintreffen.

Bei Fragen kontaktieren Sie uns bitte unter 044 444 19 19 oder kontakt@solidar.ch

Mit jeder Karte unterstützen Sie die Projekte von Solidar Suisse zugunsten benachteiligter Menschen.

www.solidar.ch